

FRAUEN & KLIMAWANDEL: Ausgewählte FORDERUNGEN

Allgemeine Forderungen:

- Alle Maßnahmen im Klimabereich sollten einen holistischen Ansatz verfolgen, neben der Verhinderung der Zunahme des Klimawandels und der Anpassung an seine unvermeidbaren Auswirkungen den Schutz natürlicher Ressourcen im Auge haben, dem Konzept „menschlicher Sicherheit“ Rechnung tragen und zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen;
- Wirtschaftswachstum und steigende Konsumbedürfnisse dürfen nicht Vorrang erhalten gegenüber der Sorge um nachhaltige Entwicklung, dem Erhalt einer gesunden Umwelt, sozialer Versorgungsarbeit und den Überlebensperspektiven künftiger Generationen;
- Es muss anerkannt werden, dass Frauen vom Klimawandel und geplanten Gegenstrategien bzw. Anpassungsmaßnahmen besonders bzw. anders als Männer betroffen sind. Frauen in „Entwicklungsländern“ sind nachweislich besonders verwundbar gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und der Klimawandel verstärkt diese Verwundbarkeit zusätzlich. Die Gründe dafür liegen insbesondere in sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichgewichten zwischen Männern und Frauen - dort liegen auch wichtige Lösungsansätze;
- Frauen dürfen in der Klimadebatte keinesfalls nur als „Opfer“ gesehen werden, vielmehr müssen sie Gelegenheit und Unterstützung erhalten, ihre Bedürfnisse und Prioritäten zum Ausdruck zu bringen, ihr spezifisches Know How einzubringen und Klimaschutzmaßnahmen aktiv mitzugestalten;
- Alle Klima-relevanten Institutionen – von UNFCCC und IPCC bis hin zu nationalen und lokalen Institutionen – müssen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting anwenden;
- Die Datenerhebung im Klimabereich muss geschlechterspezifisch erfolgen. Alle bestehenden und alle neuen Strategien, Projekte, Programme und Finanzierungsmechanismen im Klimabereich müssen auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin analysiert und entsprechend adaptiert werden;
- Frauen, Frauenorganisationen und Expertinnen müssen an allen Verhandlungen im Klimabereich, darunter den Verhandlungen um ein neues UN-Welt-Klimaabkommen, sowie bei der Ausarbeitung von Strategien und Maßnahmen im Klimabereich substantiell, sichtbar und gleichberechtigt – auch auf Leitungsebene – mitbeteiligt werden;
- Das neue Klimaabkommen muss mit den bestehenden internationalen UN-Abkommen im Frauenbereich kompatibel sein, insbesondere mit der UN-Frauenrechtskonvention und den Millennium Development Goals. Gender darf kein marginales Randthema sein!
- Fixe Anteile aller neuen Finanzmittel (z.B. im Bereich Klimawandelanpassung oder REDD¹ /Waldschutz) müssen für Aktivitäten und Projekte zweckgewidmet werden, die von Frauen/Gender-ExpertInnen entwickelt wurden und Frauen zugute kommen („Earmarking“);
- Bei der Entwicklung/Umsetzung von REDD-Strategien bzw. Maßnahmen müssen betroffene Frauen sowie indigene Gemeinschaften substantiell miteinbezogen werden. Es muss sichergestellt werden, dass sie an finanziellen Gewinnen aus REDD-Projekten gleichberechtigt

¹ REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation, dt. Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern)

mitbeteiligt werden. REDD-Projekte dürfen nicht dazu führen, dass Frauen bzw. Gemeinschaften, die traditionell in oder vom Wald leben, Zugang zu Wald verlieren bzw. den Wald nicht mehr in gewohnter Weise nutzen können (z.B. um Feuerholz oder Kräuter zu sammeln);

- Internationale, nationale und lokale Klimastrategien und ihre Umsetzung müssen anhand von gender-spezifischen Indikatoren überprüft werden. U.a. müssen Staaten, die nationale Berichte im Rahmen des Klimaabkommens und der Clean Development Mechanismen legen, erläutern, inwieweit ihre Maßnahmen Frauen berücksichtigen haben;
- Capacity Building: Frauen sollten Zugang zu Training und Ressourcen erhalten, um ihre qualitative Mitwirkung in Entscheidungsprozessen im Klimabereich zu ermöglichen und sie bei klimaschonenden Maßnahmen (z.B. bei Wiederaufforstungen) zu unterstützen;
- Weg von rein „technischen“ Lösungsansätzen, die Marktinteressen ins Zentrum stellen – hin zu ganzheitlichen, „menschlichen“ Lösungsansätzen und einem nachhaltigen, verantwortungsvollen Lebensstil, der Frauen, Männern und Kindern gleichermaßen zu gute kommt und dazu beiträgt, die Artenvielfalt und Lebensqualität auf unserem Planeten zu erhalten.

Forderungen im nationalen Kontext

- Einbeziehung von Frauen/GenderexpertInnen bei der Planung, Entwicklung und Umsetzung aller klimarelevanten Strategien und Maßnahmen, u.a. in den Bereichen Klimaschutz, Klimafinanzierung, Klimawandelanpassung, Land- und Forstwirtschaft, Stadtplanung, Verkehrs- und Energieplanung;
- Aufnahme von geschlechtersensibel formulierten Lerninhalten über Klimaschutz und klimafreundliches Verhalten in alle Pflichtschul-Lehrpläne;
- Maßnahmen, um den Anteil von Frauen in klimarelevanten Berufen zu erhöhen (z.B. in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, alternative Energien, Verkehrsplanung etc.);
- Klimaschutz/genderspezifische Weiterbildungen sowie Gender-Trainings für EntscheidungsträgerInnen, MeinungsbildnerInnen und MultiplikatorInnen wie insbesondere Medien-Verantwortliche (Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung);
- Forschung, um das dringend notwendige Wissen über geschlechterspezifische Wirkungen von Klimapolitik und Beiträge zum Klimaschutz bereit zu stellen;
- Unterstützung/Förderung von geschlechtergerechten Initiativen, die zu emissionsarmen Lebensstilen motivieren;
- Anreize, um klimaschädliche Gewohnheiten zu verändern und klimafreundliches Verhalten zu fördern (z.B. Kennzeichnung von klimabewussten Produkten und Dienstleistungen, Förderungen/Prämien für den Austausch klimaschädlicher Haushaltsgeräte);
- Konsequentes Gender-Budgeting im Klimabereich (auf Bund-, Landes- und Gemeindeebene).